

SEEBRÜCKE Bielefeld

seebrücke-bielefeld@riseup.net



An die Mitglieder des Jugendhilfe-, des Sozial- und des Hauptausschusses sowie die Mitglieder des Rates der Stadt Bielefeld.

Die Seebücke Bielefeld begrüßt und unterstützt den Beschlussvorschlag der Bielefelder Verwaltung für die Ratssitzung am 05.03.2020. Anlässlich der humanitären Katastrophe in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln – und der aktuell abzusehen noch steigenden Zahl an Ankommenden - besteht dringender Handlungsbedarf. Besonders Kinder und Jugendliche leiden unter den unmenschlichen Lebensbedingungen. Doch auch insgesamt müssen diese Lager – ausgelegt auf ca. 7.500, derzeit bewohnt von über 42.000 Menschen – deutlich entlastet werden.

In der „Bielefelder Erklärung“ haben sich 16 Kommunen aus NRW bereiterklärt, konkrete Maßnahmen für eine zusätzliche Aufnahme für Menschen aus dieser Situation zu beraten. Es freut uns, dass die Bielefelder Verwaltung hier mit einer konkreten Zahl von 100 Geflüchteten ein deutliches Zeichen setzt. Ebenso begrüßen wir, dass die Verwaltung mit ihren Zahlen nicht ausschließlich der Situation für unbegleitete Minderjährige, sondern der katastrophalen Situation für alle Menschen in diesen Lagern Rechnung trägt.

Nur in einem Punkt möchten wir als Seebücke auf einen klaren Dissens zu der Beschlussvorlage hinweisen:

In der Beschlussvorlage ist von der „Verhinderung möglicher Pull-Effekte“ die Rede. Hierzu möchten wir als Seebücke klarstellen:

- Die Theorie der sogenannten „Pull-Effekte“ - also die zahlenmäßige Verstärkungen von Fluchtbewegungen durch gute Bedingungen der Aufnahme in anderen Regionen - ist trotz intensiver Versuche wissenschaftlich nicht haltbar. Diese Auswirkungen auf die bloße Zahl der Flüchtenden sind zu vernachlässigen! Die „Push-Effekte“ der vielfältigen Fluchtgründe sind es, die Menschen zur Flucht bewegen oder gar zwingen.
- Trotzdem wird dieser angebliche „Pull-Effekt“ immer gerne als Argument gegen humanitäre, den Menschen gerecht werdende und eigentlich zwingende Maßnahmen – wie beispielsweise die Seenotrettung - ins Feld geführt. Oft wider besseres Wissen.
- Laut internationalem Seerecht sind Staaten und Kapitän*innen zur Seenotrettung verpflichtet. Trotzdem wird sie von der EU immer noch aktiv unterbunden. Da Seenotrettung von Geflüchteten migrationspolitisch nicht gewollt ist, wird innerhalb der EU versucht mit Scheinargumenten wie dem "Pull-Effekt" geltendes Recht zu relativieren. Es wird Menschen, die fliehen müssen, vorenthalten – ein Rechtsbruch und klarer Verstoß gegen internationale humanitäre Grundsätze.

- Die Fokussierung auf den sogenannten Pull-Effekt dient der Ausblendung des „Push-Effektes“. Wir sehen in dieser Argumentation ein Festhalten an einer weit verbreiteten Abwehrreaktion gegen das Leid anderer Menschen. Denn nicht die Tatsache der Flucht an sich, wohl aber deren erreichbaren Ziele werden durch die Bedingungen der Aufnahme in anderen Regionen bestimmt. Laut UNHCR waren 2018 weltweit 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Mehr als die Hälfte lebte als Binnenvertriebene im Herkunftsland, annähernd 30 Millionen jenseits der Grenzen. 80 Prozent dieser Menschen fanden Aufnahme in den Nachbarländern, viele davon in den ärmsten Regionen der Welt. Reichere Länder haben nach UNHCR-Angaben gerade einmal 16% Geflüchtete aufgenommen. Weniger als ein Prozent der Menschen, die weltweit fliehen, haben in der EU einen Asylantrag gestellt. Diese Tatsache bedeutet für uns im Umkehrschluss, dass nicht Europa sich vor Fluchtbewegungen schützen, sondern dass es vielmehr einen angemessenen Teil der Verantwortung für diese Situation übernehmen muss – von der es auf der anderen Seite z.B. durch Ressourcentransfers, (Fach-)Arbeitskräftemigration und Verjüngung der Gesellschaften, enorm profitiert. Aus diesem Grund fordern wir als SEEBRÜCKE auch, neben der Selbstverständlichkeit einer Rettung vor dem Ertrinken, sichere Fluchtrouten nach Europa ein.
- Die keineswegs sicheren Fluchtrouten enden bislang auf Beschluss und in Verantwortung der EU größten Teils in den Lagern in Italien und auf den griechischen Inseln, in denen menschenunwürdige Bedingungen herrschen (siehe oben). Das Argument der „Pull-Faktoren“ dient in unseren Augen dazu, genau diesen Zustand aufrecht zu erhalten und sich aus der Verantwortung zu stehlen. Es ist damit für uns ein Argument, welches Menschen auf der Flucht das Recht der Suche nach einem sicheren Platz zum Leben abspricht. Es ist in sofern in seinem Kern rassistisch zu nennen und abzulehnen!

Wir möchten alle Mitglieder des Jugendhilfe-, des Sozial- und des Hauptausschusses des Rates der Stadt Bielefeld dazu auffordern, der Beschlussvorlage der Verwaltung trotz der enthaltenen abzulehnenden Argumentationsweise zuzustimmen. Im besten Fall würde der Verweis auf die „Pull-Effekte“ zuvor noch aus der Vorlage entfernt – er ist für den Antrag nicht substantiell wichtig.

Gleichzeitig möchten wir alle Beteiligten bitten aus den benannten Gründen nicht erneut – wie in den vergangenen Debatten geschehen – das Argumentationsmuster der „Pull-Effekte“ zu bemühen.

Für ein klares Zeichen der Verantwortung und der Menschlichkeit, gegen rassistische Denkstrukturen und den Rechtsruck in den Köpfen und auf den Straßen.

Für die Seebrücke Bielefeld

Jens Drüke

Jess Rehr

Brix Tramsen

Für Rückfragen: seebruecke-bielefeld@riseup.net oder 0151 10794998